

Kritik

Elena soll angeblich bis zu 500 Millionen Euro pro Jahr an Kosten einsparen helfen. Dabei bezieht sich das Ministerium auf „Berechnungen der Arbeitgeber“ aber geht hierzu nicht ins Detail. Genauso wenig wird davon gesprochen, wie viel die Errichtung und die Pflege des Systems (an dem seit August 2002 gearbeitet und gebastelt wird) bisher gekostet hat und was es in Zukunft kosten wird.

Vor allem aber, wer diese Kosten zu tragen hat (der Bund, die Arbeitgeber, die Arbeitnehmer?), wird nicht diskutiert. Versteckte Kosten (die Anschaffung neuer Hardware, Kartenlesegeräte für 2,8 Millionen Arbeitgeber) werden nicht erwähnt und lassen das Projekt volkswirtschaftlich sinnlos werden.

Kleine und mittlere Betriebe werden besonders große Probleme mit der Einrichtung und Inbetriebnahme dieses neuen elektronischen System in ihre Betriebsstruktur haben. Von den danach auftretenden üblichen Schwierigkeiten mit der elektronischen Datenverarbeitung ganz zu schweigen. Die gespeicherten Daten sind höchst sensibel. Es gibt viele Interessenten, die gerne wissen würden, wer wie viel arbeitet und wer arbeitslos ist, wer wie viel Geld verdient und wer besonders viele Krankentage aufweist – aus welchem Grund auch immer ...

Diese Begehrlichkeiten an den Daten werden dazu führen, dass die Daten von Ämtern, Behörden oder auch von privatwirtschaftlichen Seiten (Krankenkassen, Banken, Versicherungen, neue potentielle Arbeitgeber) missbraucht werden, denn eine generelle Datensicherheit gibt es nicht – das haben auch die zahlreichen Datenaffären der letzten Monate und Jahre bewiesen.

Falsch eingetragene oder übermittelte Daten (mit oder ohne böser Absicht) können zu großen Problemen für den Einzelnen führen und lassen sich nicht oder nur sehr aufwendig korrigieren. Über die etwaigen Folgen von durch Dritten manipulierten oder verfälschten Daten mag man

erst gar nicht nachdenken – denn von einem solchen Vorgang würden Sie nicht informiert werden.

Die eingesetzten Verschlüsselungsverfahren und Datenabfrageverfahren entsprechen nicht dem Stand der Technik und bieten Hackern und dem Datenmissbrauch eine breite Angriffsfläche.

Die Daten der Arbeitnehmer werden auch dann gespeichert, wenn sie überhaupt nicht benötigt werden (Vorratsdatenspeicherung). Dies widerspricht dem im Bundesdatenschutzgesetz festgelegten Grundsatz der Datensparsamkeit.

Das Ganze führt – anders als beabsichtigt – zu viel mehr Bürokratie und Aufwand, statt diese zu reduzieren, wie behauptet.

Sie werden nicht mehr der Herr Ihrer eigenen Daten sein und deswegen:

- Informieren Sie sich ausführlich über ELENA
- Bilden Sie sich eine eigene Meinung
- Wehren Sie sich durch Protest und Verweigerung
- Sprechen Sie mit Freunden, Bekannten und Politikern

Weitere Informationen:

www.wikipedia.de
www.daten-speicherung.de
www.datenschutzzentrum.de

Über uns:

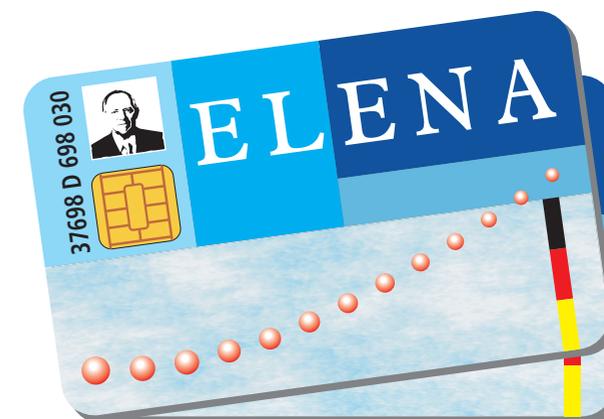
Der Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung (AK-Vorrat) ist ein deutschlandweiter Zusammenschluss verschiedenster Bürgerrechts- und Datenschutzorganisationen sowie unabhängigen Bürgern, die sich gegen jegliche Formen der unverhältnismäßigen Totalüberwachung, Beschneidung von Freiheitsrechten und der Erhaltung der Demokratie in Deutschland einsetzen.



Weitere Informationen erhalten Sie von Josef Spohn:
josef.spohn@online.de

V.i.S.d.P.:
Michael Ebeling, Kochstraße 6, 30451 Hannover, micha_ebeling@gmx.de 03/2009

**Auf dem Weg zum
gläsernen Bürger**



Arbeitskreis
Vorratsdatenspeicherung

Was ist Elena?

„Elena“ ist eine Abkürzung für „Elektronischer Entgelt Nachweis“.

Es handelt sich um ein Projekt der Bundesregierung, das früher auch als „Job-Card“ bezeichnet worden ist.

Zur Erklärung, um was es sich dabei genau handelt, möchten wir zunächst aus den Werbeprospekten des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie zitieren (zu finden unter www.bmwi.de).

Dort heißt es unter anderem:

„Die rund 2,8 Millionen Arbeitgeber in der Bundesrepublik Deutschland stellen Jahr für Jahr 60 Millionen Bescheinigungen aus – davon rund 99 Prozent in Papierform. (...) Ein enormer Aufwand für alle Beteiligten.“

Die Arbeitgeber und ihre Dachverbände verfolgen deshalb seit einigen Jahren das Ziel, eine zentrale Datenbank zur sicheren Speicherung von Arbeitnehmerdaten einzurichten und sich damit dauerhaft von der Ausstellung und Archivierung der unterschiedlichen Bescheinigungen zu befreien.

(...) Dieser berechtigte Wunsch nach weniger Bürokratie und mehr Effizienz wurde von der Bundesregierung aufgegriffen“.

Die „Zentrale Speicherstelle“ soll z.B. folgende Daten aller Arbeitnehmer in Deutschland speichern:

Bescheinigungen zu und über:

- Mutterschaftsgeld
- Krankengeld bei eigener Krankheit oder Krankheit von Kindern
- Arbeitslosengeld
- Nebeneinkommen
- Ausbildung
- Kindergeld
- Anträge auf Wohngeld
- Altersrente
- Vormundschaftsangelegenheiten
- Verdienstbescheinigungen
- Einkommenserklärungen
- Arbeitsbescheinigungen, u.s.w

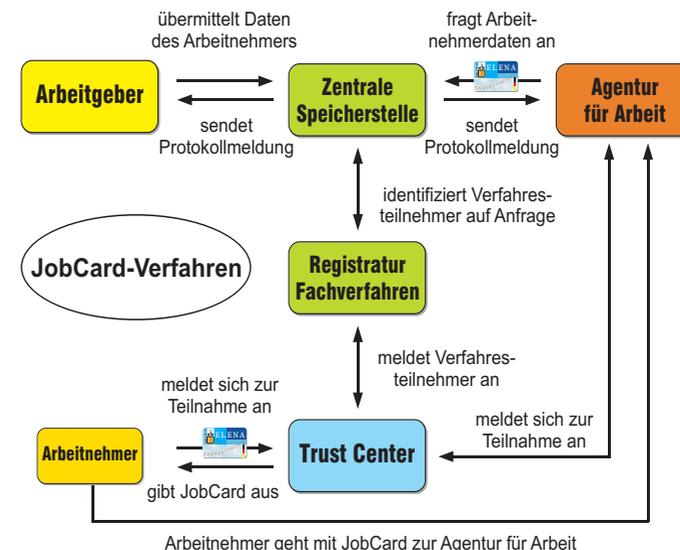
Jeder Arbeitnehmer muss eine so genannte Signaturkarte beantragen – sie ähnelt in Form und Größe einer Scheckkarte. Diese Karte enthält eine elektronische Signatur, die den Besitzer der Karte identifizieren soll. Danach wird diese neue „elektronische Identität“ in der zentralen Speicherstelle mit allen Daten der betreffenden Person verknüpft und außerdem mit der Rentenversicherungsnummer gekoppelt.

Jeder Arbeitgeber soll in Zukunft alle betreffenden Daten seiner Angestellten und Arbeiter über das Internet der zentralen Speicherstelle übermitteln, also Daten wie Verdienst, Arbeitstage, Krankheitstage usw. (s.o.). Auf diese Daten dürfen dann im weiteren Behörden und Ämter nach einer zuvor geregelten Berechtigung zugreifen.

Die entsprechende Gesetzgebung zur Verankerung von „Elena“ Anfang 2009 vom Bundestag verabschiedet und befindet sich derzeit (Stand Februar 2009) im Vermittlungsausschuss des Bundesrats.

Wie funktioniert Elena?

Zur Veranschaulichung des geplanten Systems kann folgendes Schema helfen (aus www.wikipedia.de):



In den Prospekten des Bundesministeriums hört sich das ganze System sehr sicher und überzeugend an, trotzdem möchten wir im folgenden unsere grundsätzlichen Bedenken gegen dieses Projekt begründen.

Zunächst: Die Begründung, bei etwa 80 Millionen Einwohnern jährlich 60 Millionen Bescheinigungen auszustellen als zu aufwendig zu betrachten, bewerten wir als „fadenscheinig“.

Das System „Elena“ ist für den durchschnittlichen Arbeitnehmer nicht durchschaubar. Es gibt auch keine Wahlmöglichkeit, ob man an diesem System teilnehmen möchte oder nicht. Man wird dazu gezwungen (und muss auch die Kosten für die Karte z.B. selber tragen!) – als Nicht-Besitzer der Signaturkarte laufen Sie Gefahr, aus dem „System“ ausgegrenzt zu werden.